



Freie und Hansestadt Hamburg

Bezirksversammlung Altona

A/BVG/123.30-01

Drucksache 20-2091

Datum 25.02.2016

Beschluss

auf Empfehlung des Planungsausschusses

Bebauungsplan-Entwurf Lurup 06 (2. Änderung) Erlass einer Veränderungssperre

Das Bezirksamt Altona hat mit Aufstellungsbeschluss 04/15 vom 01.06.2015 die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens mit der Bezeichnung Lurup 06 (2. Änderung) beschlossen.

Ziel der Planung ist, die Wohnfunktion des Gebietes zu stärken und zu schützen sowie einem Verdrängungsprozess der vorhandenen Betriebe entgegenzuwirken.

Es wurde ein Bauantrag nach § 61 HBauO für ein Bauvorhaben im Plangebiet, Belegenheit Luruper Hauptstraße gestellt. Der Antrag sieht eine Nutzungsänderung einer Sportsbar in ein Wettbüro vor. Damit widerspricht das Vorhaben den planerischen Grundzügen des Bebauungsplanentwurfs Lurup 06 (2. Änderung). Für das Bauvorhaben wurde daher eine Zurückstellung erwirkt.

Am 01.06.2016 endet die Zurückstellungsfrist für das o.g. Bauvorhaben. Um die Planungsziele auch nach Ablauf der Zurückstellungsfrist zu sichern, ist eine Veränderungssperre erforderlich. Das Bauvorhaben wäre ansonsten zu genehmigen.

Da das Bebauungsplanverfahren Lurup 06 (2. Änderung) nicht kurzfristig abgeschlossen werden kann und darüber hinaus mit weiteren planstörenden Bauvorhaben gerechnet werden muss, ist der Erlass einer Veränderungssperre zur Sicherung der Planungsziele erforderlich.

Die Veränderungssperre soll für den gesamten Geltungsbereich des Bebauungsplanentwurfs festgestellt werden und muss bis spätestens 31.05.2016 in Kraft getreten sein.

Der Verordnung über die Veränderungssperre Lurup 06 (2. Änderung) wird zugestimmt.

Anlagen:

- Verordnung
- Begründung mit Lageplan

Verordnung über die Veränderungssperre Lurup 06 (2. Änderung)

Vom [xx. Monat zzzz; Datum Unterzeichnung -B-]

Auf Grund von § 14 und § 16 Absatz 1 des Baugesetzbuchs in der Fassung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2415), zuletzt geändert am 20. Oktober 2015 (BGBl. I S. 1722, 1731), in Verbindung mit § 4 und § 6 Absatz 2 des Bauleitplanfeststellungsgesetzes in der Fassung vom 30. November 1999 (HmbGVBl. S. 271), zuletzt geändert am 13. Februar 2015 (HmbGVBl. S. 39), sowie § 1 der Weiterübertragungsverordnung-Bau vom 8. August 2006 (HmbGVBl. S. 481), zuletzt geändert am 5. April 2013 (HmbGVBl. S. 142, 147), wird verordnet:

§ 1

- (1) Zur Sicherung der Planung wird eine Veränderungssperre für die in der Anlage durch eine schwarze Umrandung gekennzeichnete Fläche des Bebauungsplanentwurfs Lurup 06 (2. Änderung) (Bezirk Altona, Ortsteil 220.) für zwei Jahre erlassen.
- (2) Die Veränderungssperre nach Absatz 1 hat zum Inhalt, dass
 1. Vorhaben im Sinne des § 29 des Baugesetzbuchs nicht durchgeführt oder bauliche Anlagen nicht beseitigt werden dürfen,
 2. erhebliche oder wesentlich wertsteigernde Veränderungen von Grundstücken und baulichen Anlagen, deren Veränderungen nicht genehmigungs-, zustimmungs- oder anzeigepflichtig sind, nicht vorgenommen werden dürfen.
- (3) Es wird auf Folgendes hingewiesen:
 1. Ein Entschädigungsberechtigter kann Entschädigung verlangen, wenn die in § 18 Absatz 1 Satz 1 des Baugesetzbuchs bezeichneten Nachteile eingetreten sind. Er kann die Fälligkeit des Anspruchs dadurch herbeiführen, dass er die Leistung der Entschädigung schriftlich bei dem örtlich zuständigen Bezirksamt beantragt. Das Erlöschen eines Entschädigungsanspruchs richtet sich nach § 18 Absatz 3 des Baugesetzbuchs.
 2. Unbeachtlich ist eine nach § 214 Absatz 1 Satz 1 Nummern 1 bis 3 des Baugesetzbuchs beachtliche Verletzung der dort bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit der Bekanntmachung dieser Verordnung schriftlich gegenüber dem örtlich zuständigen Bezirksamt unter Darlegung des die Verletzung begründenden Sachverhalts geltend gemacht worden ist.

§ 2

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Begründung zur Verordnung über die Veränderungssperre Lurup 06 (2. Änderung)

Gebiet beiderseits der Luruper Hauptstraße zwischen Fahrenort, Stückweg, Fläßbarg und Brooksheide (Bezirk Altona, Ortsteil 220)

I.

Der Erlass einer Veränderungssperre für das Bebauungsplangebiet Lurup 06 (2. Änderung) ist aus folgenden Gründen geboten:

1. Das Bezirksamt Altona hat mit dem Aufstellungsbeschluss A04/15 vom 01. Juni 2015 (Amtl. Anz. Nr. 44, S. 974, Berichtigung Amtl. Anz. Nr. 45, S.990) die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens zur Änderung des bestehenden Bebauungsplanes für das Gebiet beiderseits der Luruper Hauptstraße zwischen Fahrenort, Stückweg, Fläßbarg und Brooksheide (Bezirk Altona, Ortsteil 220) beschlossen.

Mit dem Bebauungsplanverfahren Lurup 06 (2. Änderung) sollen Vergnügungsstätten (insbesondere Spielhallen, Wettbüros, Internetcafés und ähnliche Unternehmen im Sinne von § 1 des Hamburgischen Spielhallengesetzes, die der Aufstellung von Spielgeräten mit oder ohne Gewinnmöglichkeiten dienen, Vorführ und Geschäftsräume, deren Zweck auf Darstellungen oder auf Handlungen mit sexuellem Charakter ausgerichtet ist) sowie Bordelle und bordellartige Betriebe ausgeschlossen werden. Der Ausschluss dieser Nutzungen hat das Ziel, die vorhandenen Betriebe des Gebietes zu stärken und einem Verdrängungsprozess entgegenzuwirken sowie die Wohnnutzung im Gebiet selbst als auch im näheren Umfeld zu schützen.

2. Zurückstellung des Bauantrags Luruper Hauptstraße

Im Bezirksamt Altona ist am 22. April 2015 ein Bauantrag für eine Nutzungsänderung einer Sportsbar zu einem Wettbüro eingegangen. Das geplante Bauvorhaben widerspricht jedoch den Grundzügen und Zielen des Bebauungsplanverfahrens Lurup 06 (2. Änderung). Vergnügungsstätten wirken dem städtebaulichen Ziel entgegen, die Funktion des Gebietes zu stärken und einem Verdrängungsprozess der vorhandenen Betriebe entgegenzuwirken sowie die Wohnnutzung im Gebiet selbst als auch im näheren Umfeld zu schützen.

Das Vorhaben wäre nach geltendem Planrecht - dem Bebauungsplan Lurup 06 vom 28. Februar 1989 (HmbGVBl. S. 43, geändert am 18. Februar 2004, HmbGVBl. S.92), zu genehmigen. Im besagten Bereich handelt es sich um allgemeines Wohngebiet (WA), in dem sonstige nicht störende Gewerbebetriebe allgemein zulässig sind.

Am 06. Mai 2015 wurde dem Planungsausschuss der Bezirksversammlung die Zurückstellung des Bauvorhabens empfohlen, welcher zugestimmt wurde. Mit dem Zurückstellungsbescheid vom 12. Juni 2015 wurde das Bauvorhaben zurückgestellt. Die Zurückstellung wird am 01.06.2016 enden.

3. Da das eingeleitete Bebauungsplanverfahren nicht kurzfristig abgeschlossen werden kann, ist der Erlass einer Veränderungssperre zur Sicherung der Planziele geeignet und erforderlich.

Der Planungsausschuss der Bezirksversammlung Altona hat am 17. Februar 2016 dem Erlass einer Veränderungssperre für das Bebauungsplangebiet Lurup 06 (2. Änderung) zugestimmt.

Der Vorbescheidsantrag mit Eingang vom 16. März 2015 zielt auf bauliche Anlagen im Sinne von § 29 Absatz 1 BauGB und würde damit der Veränderungssperre unterliegen (vgl. § 14 Absatz 1 Nummer 1 BauGB). Die Einlegung eines Rechtsmittels gegen den Zurückstellungsbescheid hat keinen Einfluss auf die Zurückstellungsfrist (VGH Bad.-Württ., Beschl. vom 28. Januar 1991 – 8 S 2238/90).

Für die Veränderungssperre Lurup 06 (2. Änderung) ist entsprechend § 17 Absatz 1 Satz 1 BauGB eine Laufzeit von zwei Jahren vorgesehen. Hierauf ist nach § 17 Absatz 1 Satz 2 BauGB der seit Zustellung der ersten Zurückstellung eines Baugesuchs nach § 15 Absatz 1 BauGB abgelaufene Zeitraum anzurechnen. Der erste anzurechnende Zeitraum begann mit Wirkung der Zurückstellung am 12. Juni 2015 und endet am 01. Juni 2016.

Die Veränderungssperre soll für den Bereich des Bebauungsplans Lurup 06 (2. Änderung) erlassen werden, da im gesamten Plangebiet mit weiteren planstörenden Vorhaben gerechnet werden muss, die den planerischen Zielsetzungen eindeutig widersprechen.

Unter der Berücksichtigung der vorzunehmenden Anrechnung (§ 17 Absatz 1 Satz 2 BauGB) würde die für zwei Jahre vorgesehene Veränderungssperre bereits ein Jahr nach Inkrafttreten enden. Nach Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts kann sich ein Betroffener darauf jedoch nicht berufen, wenn im Hinblick auf sein Grundstück die Voraussetzungen vorliegen, unter denen die Veränderungssperre nach § 17 Absatz 1 Satz 3 BauGB verlängert werden dürfte (vgl. BVerwG, Urteil vom 10. September 1976-IV C 39.74). Nach dieser Vorschrift kann die Zweijahresfrist um ein Jahr verlängert werden, wenn die Voraussetzungen für den erstmaligen Erlass der Veränderungssperre, nämlich Planaufstellungsbeschluss und Sicherungsbedürfnis, weiterhin gegeben sind.

II.

Die Veränderungssperre tritt außer Kraft, sobald und soweit der Bebauungsplan festgestellt wird (§ 17 Absatz 5 BauGB). Auch in der Zwischenzeit können bauliche Anlagen ausnahmsweise zugelassen werden, wenn nicht überwiegende öffentliche Belange entgegenstehen; bereits genehmigte Vorhaben, Unterhaltungsarbeiten und die Fortführung bisher ausgeübter Nutzungen bleiben unberührt (§ 14 Absätze 2 und 3 BauGB).

III.

Die Bezirksversammlung Altona hat am xx. Februar 2016 den Erlass der Veränderungssperre Lurup 06 (2. Änderung) beschlossen. Die gesetzlichen Voraussetzungen für den Erlass der Veränderungssperre durch das Bezirksamt liegen

gemäß § 6 Absatz 2 des Bauleitplanfeststellungsgesetzes in der Fassung vom 30. November 1999 (HmbGVBl. 271), zuletzt geändert am 19. Juni 2013 (HmbGVBl. S. 306), vor.

Der Entwurf der Veränderungssperre wurde am xx. Februar 2016 zur Stellungnahme an die zuständigen Dienststellen verschickt. Dem Entwurf haben die zu beteiligenden Behörden zugestimmt.

